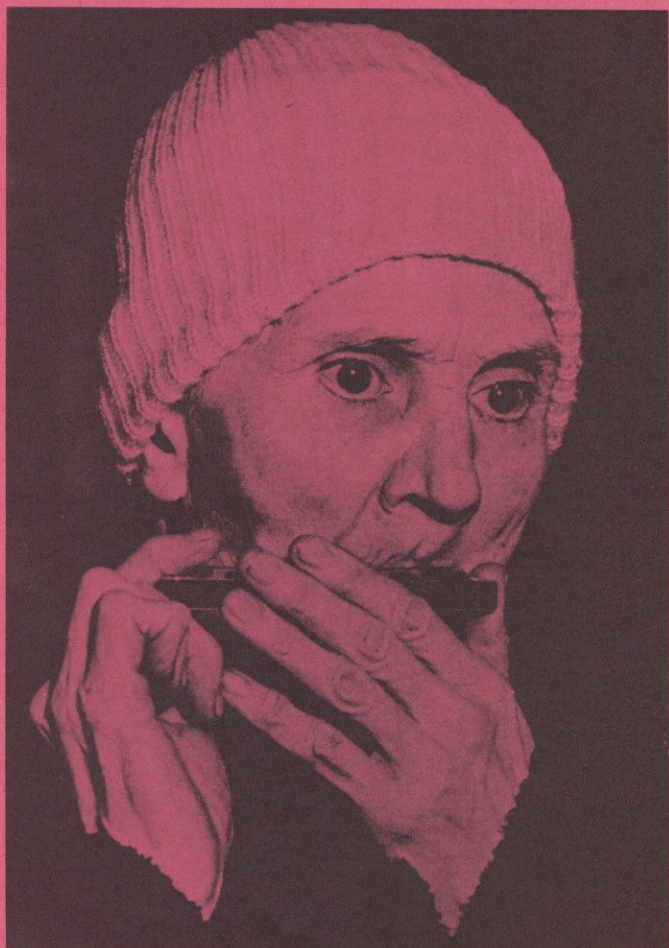


# UMBAU STATT ABBAU DES SOZIALSTAATES

PROGRAMM FÜR EINE  
ÖKOLOGISCHE SOZIALPOLITIK



**GRÜN-ALTERNATIVE LISTE STEIERMARK**

# 1. KRISENZEITEN — IST DER SOZIALSTAAT NOCH ZU RETTEN?

Die Probleme scheinen unlösbar: Soziale Not in Form von materieller Armut und seelische Isolation verbunden mit Aussonderung breitet sich erschreckend aus: Steigende Arbeitslosigkeit, rapid ansteigende Anzahl von Sozialhilfeempfängern, auseinandergerissene Familien und zerstörte Sozialstrukturen, unmenschliche Arbeitsbedingungen und gigantische Umweltbelastungen sind der Tribut ans kapitalistische Wirtschaftssystem;

Das bestehende Sozialsystem dient nur der Schadensreparatur. Es soll Schäden reparieren, die den Menschen durch die fortschreitende Zerstörung ihrer natürlichen und sozialen Umwelt zugefügt werden. Je mehr die Zerstörung voranschreitet, umso mehr soziale Dienste müssen bereitgestellt werden, um die größten Schäden zu reparieren. Diese Art von Sozialpolitik erinnert an das Spiel vom Hasen und vom Igel: Der Hase (Sozialpolitik) rennt und rennt. Der Igel (sozialer Schaden) ist immer schon da.

Unser Sozialsystem ist gekennzeichnet durch einen Bürokratismus, der uns zu einer Aktennummer reduziert und zudem einen großen Teil der für diesen Bereich vorhandenen Gelder verschlingt; die Betroffenen sozialer Hilfe werden von der aktiven Beteiligung ausgeschlossen. Sie werden so zu manipulierten, entmündigten Objekten degradiert, ohne Möglichkeit zur selbstorganisierten Problemlösung.

Die Finanzierung des sozialen Systems ist in der derzeitigen Form in Frage gestellt. Die öffentliche Hand will sich immer mehr der Verantwortung entziehen und reprivatisieren.

Begleitet von Appellen an »Selbsthilfekräfte« und »Eigenverantwortlichkeit« wird derzeit versucht, soziale Notlagen wieder zur Privatangelegenheit des Einzelnen und seiner Familie zu erklären. Die soziale Ungleichheit nimmt mit der ungleichen Verteilung der Krisenlasten zu. Es findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Von den Armen zu den Reichen!

Unter dem Vorwand von Finanzschwierigkeiten und ohne eine andere grundsätzliche Prioritätensetzung (z.B. Abkehr von Großprojekten, Straßenbau, Abfangjäger, Aufrüstung des Bundesheeres) überhaupt zu diskutieren, wird das System der sozialen Sicherheit immer mehr in Frage gestellt (z.B. der Ankauf der Abfangjäger aus Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds).

Wir glauben, daß weder der simple Ausbau, noch der schrittweise Abbau des Sozialstaates geschehen darf.

**U**nsere Alternative: Umbau statt Abbau des Sozialstaates.  
Die Grün-Alternative Sozialpolitik ist *ökologisch*: Sie ist auf ein soziales Leben ausgerichtet, das nicht mehr im Widerspruch zu natürlichen Prozessen und zur Umwelt steht!  
Die Grün-Alternative Sozialpolitik ist *emanzipatorisch*. Aktive Beteiligung an der Beseitigung sozialer Not statt Degradierung zu Objekten!  
Die Grün-Alternative Sozialpolitik ist auf *Vorsorge* aufgebaut: Sie verlangt eine Umorientierung der bestehenden Wirtschaftsform.



## 2. LEITLINIEN GRÜN- ALTERNATIVER SOZIALPOLITIK IN DER STEIERMARK

### 2.1. SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT:

**S**teigende Arbeitslosigkeit und eine neue Welle von Rationalisierungsmaßnahmen kommen auf uns zu. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate in der Steiermark betrug Anfang 1986 8,7%; in einigen Bezirken über 10%!

140.000 Steierinnen und Steirer leben an der Armutsgrenze, die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger nimmt drastisch zu. Zur gleichen Zeit werden die Reichen immer reicher — es findet eine Umverteilung von unten nach oben statt.

#### Wir fordern:

Arbeitszeitverkürzung mit einem nach dem Einkommen abgestuften Lohnausgleich  
Anhebung der Mindesteinkommen, sowie eine Obergrenze für Höchsteinkommen  
Einführung einer bedarfsdeckenden Sozialhilfe und sofortige Abschaffung der entwürdigenden Bettelprozedur.

Einführung eines bedarfsdeckenden Kinder-Schüler-Studentengeldes ohne Rückzahlungsverpflichtung.  
Formen der Mitbestimmung und Selbstbestimmung in den Betrieben müssen weiter ausgebaut werden.

### 2.2. EIGENSTÄNDIGKEIT SOZIALER WERTE, ABKOPPELUNG VOM WIRTSCHAFTSWACHSTUM

**S**chutz, Geborgenheit und Anerkennung werden bei uns nur über den wirtschaftlichen Erfolg zugewiesen und mit einem beruflichen Fehlschlag wird auch die soziale Existenz vernichtet. Die Angst vor dem Versagen, die tägliche Sorge um Arbeit und Lohn ist daher zum gesellschaftlichen Grundgefühl geworden. Parallel dazu scheiterten die oft nur halbherzig betriebenen Strategien zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Verteilt wurden zur Zeit der expandierten Wachstumsphase der Wirtschaft lediglich die Zuwachsraten, eine tiefgreifende Auseinandersetzung um die Umverteilung wurde auch von Seiten der SPÖ und des ÖGB's vermieden.

#### Wir fordern:

Öffentliche Diskussion und Entscheidung über die Prioritäten der öffentlichen Haushalte.  
Vereinfachung des Sozialsystems  
Reform des Steuersystems

Ziel muß die Senkung der Abgabenbelastung der Arbeit sein:

Einführung der Wertschöpfungssteuer  
Energiesteuer  
Ressourcensteuer  
Rationalisierungssteuer

Erhöhung der Vermögenssteuer und der Luxusverbrauchssteuer  
Vereinfachung und Harmonisierung des Sozialversicherungssystems.



### 2.3. GLEICHBERECHTIGUNG DER GESCHLECHTER

Nach wie vor ist den Frauen der Zugang zum Erwerbsleben erschwert. Daneben werden viele berufstätige Frauen wieder zurück an den Herd gedrängt — nach dem Motto: Küche, Kinder, Kirche, Kabelfernsehen. Männer verdienen bei gleicher Tätigkeit nach wie vor ungleich mehr.

Tausende Frauen müssen unter schwierigsten Bedingungen in der steirischen Textil- und Bekleidungsindustrie um 5.000,— S ihre Haut zu Markte tragen.

#### Wir fordern:

Gleicher Zugang zum Erwerbsleben

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Neue Formen der Hausarbeit und Kindererziehung, die beide Geschlechter in die Verantwortung einbeziehen

3 Jahre wahlweise Karenzurlaub

Geschlechtsneutrale Ausschreibungen von Arbeitsstellen

Gleichstellung der Frau in der Alterssicherung und Anrechnung der Erziehungs- und Pflegezeiten.

### 2.4. VORSORGE

Die für unser Wirtschaftssystem charakteristische Wachstums- und Profitorientierung und ein rein materiell ausgerichteter Wohlstandsbegriff haben dazu geführt, daß ein Großteil der Sozial-Kosten-Explosion der Kosten im Gesundheitsbereich, Waldsterben, Grundwasserverschmutzung, Luftverschmutzung auf wehrlose Mitbürger/innen, auf künftige Generationen und nicht zuletzt auf die Menschen der 3. Welt abgewälzt werden. Einandergerissene Familien, zerstörte Gemeindefstrukturen und destruktive Vereinsamung sind weitere schlimme Folgen unseres Wirtschaftsystems.

#### Wir fordern:

Abkehr von einer Wirtschaftskrise, in der der Mensch bloßes Anhängsel von Maschine und Rentabilitätsberechnungen ist.

Humanisierung der Arbeitswelt, die nicht im Widerspruch zu sozialen und ökologischen Bedingungen stehen soll.

Gesundheit und Ernährung stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang, daher fordern wir die Umstellung auf biologischen Landbau, eine saubere Umwelt, massive Aufklärung in den Schulen, in der Erwachsenenbildung, am Arbeitsplatz und in den Medien über die Gefährdung.

Abbau von Großkrankenhäusern (LKH, LSKH) die kontraproduktiv sind und erst recht krankmachen. Rückgabe von Voraussetzungen für eigenverantwortliche Vorsorge an die Bürger.

### 2.5. DEZENTRALITÄT — EINFACHHEIT — DURCHSCHAUBARKEIT

Das bestehende soziale Sicherungssystem ist derart kompliziert und undurchsichtig angelegt, daß eine breite Politisierung und Bewußtwerdung der Bevölkerung über notwendige Änderungen und Strukturrefor-

men verunmöglicht wird. Die Betroffenen sozialer Hilfe sind von der aktiven Beteiligung ausgeschlossen und wurden so zu entmündigten Objekten degradiert. Sozialpolitik blieb deshalb ein Feld der Experten — obwohl alle davon betroffen sind. Zudem wird ein großer Teil der vorhandenen Mittel durch eine überbordende Bürokratie verschlungen.

#### Wir fordern:

Dezentralisierung und Vereinfachung als Voraussetzung für eine echte Demokratisierung der Sozial- und Gesundheitspolitik  
Vereinheitlichung der Sozialversicherungen, z.B. Einheitskrankenversicherung, die dezentral organisiert ist.

Abschaffung der Privatkrankenversicherungen, die bislang die unteren Einkommenschichten und Risikofälle der gesetzlichen Krankenversicherung überließen.

Abschaffung des Klassensystems in den öffentlichen Krankenhäusern

Abschaffung der Niederlassungsfreiheit für Ärzte  
Errichtung von flächendeckenden, dezentralen Sozial- und Gesundheitsdiensten und Stadtteilzentren  
Berücksichtigung der Vielfalt möglicher Heilmethoden

Schaffung von berufsübergreifenden Ambulanzen und Praxen

Aufbau von ambulanten Betreuungsdiensten, wie Frühbetreuung, Nachbetreuung, Altenhilfe, Hauskrankenpflege und Nachbarschaftshilfe.

### 2.6. KEINE REPRIVATISIERUNG IM SOZIAL- UND GESUNDHEITSBEREICH

Der Staat, auch das Land Steiermark, will sich Schritt für Schritt aus seiner Verantwortung zurückziehen, soweit diese mit Kosten verbunden ist. Die Steiermark ist durch die Reprivatisierung im Spitalsbereich in Form der Landesholding besonders betroffen. Schon jetzt wirken sich die Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen negativ in der Betreuungsqualität aus. Weniger Personal, mehr technokratische Behandlungsformen und die Schließung ganzer Spitäler und Stationen sind die fatale Folge.

#### Wir fordern:

Kein Sozialabbau durch Reprivatisierung

Keine Schließung von Bezirkskrankenhäusern

Beibehaltung aller Gebärdensprachen, jedoch generelle

Einführung von Möglichkeiten zur »sanften Geburt«.

Kein Abbau von Betreuungspersonal

### 2.7. INTEGRATION STATT AUSGRENZUNG

Ein Grundzug unserer Gesellschaft ist die Ausgrenzung von sozialen Problemen in Sondereinrichtungen. Alte Menschen kommen ins Altersheim, psychisch Kranke werden ins Landessonderkrankenhaus abgeschoben und Behinderte werden in Sonderschulen und Behindertenzentren weggesperrt. Damit werden sie gesellschaftlich und wirtschaftlich isoliert.

### Wir fordern:

Gemeinsame Lebens-, Lern- und Arbeitsmöglichkeiten für alle

Gesetzlich verankertes Recht auf Frühbetreuung und Aufbau ambulanter Betreuungsmöglichkeiten  
Gemeinsame Lebens- und Lernmöglichkeit aller Kinder in Kindergarten und Schule

Integration Behinderter in die Arbeitswelt  
Abbau von Psychiatrischen Großkrankenhäusern (LSKH) bei gleichzeitigem Aufbau von dezentralen, psychosozialen Diensten.

Rechtsvertretung Behinderter durch Behindertenombudsmänner (Anwälte).

Kein weiterer Altersheimbau, dafür Förderung der Unterstützung alter Menschen in ihren bisherigen Lebenszusammenhängen.

## 2.8. SELBSTHILFE, SELBSTVERWALTUNG, SOZIAL- ENTWICKLUNG

**V**oraussetzung für wirksame und sinnvolle Selbsthilfe ist die Umverteilung der »Erwerbs«-Arbeitszeit, u. a. auch zwischen Männern und Frauen, und die Annäherung von Lebens- und Arbeitsräumen.  
Es müssen soziale Strukturen bewahrt bzw. neu entwickelt werden, welche die Möglichkeiten zur Eigenarbeit schaffen, die nicht außerhalb der gesellschaftlichen Arbeit stehen (Schwarzarbeit, Schattenwirtschaft) und die Sicherheit und Geborgenheit vermitteln.  
Selbsthilfe darf nicht um der Reduzierung der Sozialhaushalte willen gefördert werden, sondern ist als sinnvolle Ausweitung zu betrachten.

### Wir fordern:

Starke Förderung von Selbsthilfegruppen und Organisationen ohne öffentliche Gängelung  
Rückgabe von Kompetenzen zur Selbsthilfe an den Bürger.

Freiräume für Abweichler in den öffentlichen Sozialorganisationen.

Aufbau bzw. Förderung von kleinen sozialen Netzen als notwendige Alternative zur oft überforderten klein-familiären Lebensform.





## 3. GEBURT, KINDER, JUGEND

### 3.1. DIE GEBURT

Die Geburt eines Kindes wird heute nicht mehr als ein natürlicher Vorgang im Leben, sondern als Krisensituation empfunden. Wie alle anderen Lebensbereiche des Menschen im Industriezeitalter ist auch der Lebensbereich Geburt institutionalisiert worden.

Institutionalisierung bedeutet, daß dem einzelnen Menschen Verantwortung abgenommen und auf andere, die dafür bezahlt werden, aufgeteilt wird. Im Falle der Geburt heißt das: Nicht die Frau, die die intensivste Erfahrung bei der Geburt hat, soll diese Erfahrung anderen weitergeben und ihnen hilfreich zur Seite stehen, sondern in erster Linie Fachleute (meist männliche Gynäkologen, die diese Erfahrung nicht gemacht haben können).

◆ Humane Geburt bedeutet für uns: *Eine Geburtsvorbereitung*, die über reine Gymnastik hinausgeht und psychosoziale Betreuung und Beratung für die werdenden Eltern bietet;

*Eine Geburtssituation*, in der die werdenden Eltern den Verlauf der Geburt wesentlich mitbestimmen und in der routinemäßig eingesetzte Apparate und technische, wie medizinische Hilfsmittel zugunsten einer menschlichen Situation zurückgedrängt werden.

#### Wir fordern:

Kein Auflassen von regionalen Gebärtationen, die eine humane Geburt und den engen Kontakt zu den Familienangehörigen besser gewährleisten können; Eine Verbesserung der Krankenhausgeburt: keine Klassenunterschiede, die Anwesenheit einer vertrauten Person, Rooming in, Förderung des Stillens als natürliche Nahrung für das Baby und verstärkte Beratung über das Stillen; Förderung und mehr Unterstützung für Hausgeburten, bei denen Ärzte und Hebammen zusammenarbeiten; Bevorzugung von Frauen in der gynäkologischen Ausbildung; Den Frauen muß wieder mehr Zuständigkeit für den Vorgang der Geburt zugesprochen werden; das betrifft den Stellenwert und den Aufgabengereich der Hebammen; Wahlweise 3 Jahre Karenzurlaub für Väter und Mütter.

### 3.2. KINDER

Den Kindern gehört die Zukunft. Die gegenwärtige Situation der Kinder ist jedoch gekennzeichnet durch weitgehende Rechtlosigkeit und Abhängigkeit. Angefangen vom »Geboren werden« in der Institution Krankenhaus unter hochtechnisierten, aber unmenschlichen Bedingungen, über Versorgungsinstitutionen wie Krabbelstuben und Kindergärten bis hin zur »Anpassungsstätte« Schule, unterdrücken wir unsere Kinder, tun ihnen Gewalt an.

- \* Vom ersten Lebenstag an mißachten wir ihre Bedürfnisse (künstliche Babynahrung statt Stillen), verweigern ihnen Zuwendung (Trennung des Neugeborenen von der Mutter).
- \* Wir isolieren Kinder in Kleinfamilien, beschränken ihren Wohnraum und zerstören durch Verbauen und Zubetonieren ihren Lebensraum.
- \* Wir zwingen Kinder in Institutionen, deren einziges Erziehungsziel ist, größtmögliche Anpassung und Angleichung zu erreichen.
- \* Wir lassen es zu, daß Kinder verschmutzte Luft atmen, verseuchtes Wasser trinken und vergiftete Lebensmittel essen.
- \* Wir setzen Kinder täglich dem Industrie- und Verkehrslärm aus.
- \* Wir schauen zu, wie Kinder im Straßenverkehr zu Krüppeln gefahren oder getötet werden.
- \* Wir diskriminieren Kinder in der Sprache und mißbrauchen sie in der Werbung.
- \* Wir überlassen Kindern keinerlei Verantwortung, nicht einmal für sich selber.
- \* Wir kümmern uns wenig darum, daß Kinder mißhandelt und gequält werden.
- \* Wir lassen zu, daß Millionen von Kindern in der 3. Welt hungern und verhungern.
- \* Wir lassen zu, daß Kinder in Kriegen verletzt und getötet werden.

**S**tatt unsere Kinder und uns selbst weiterhin diesem System anzupassen, sollten wir überall nach Alternativen suchen, in deren Rahmen Individualität respektiert, kritisches Denken und Kreativität gefördert werden.

Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, unter denen wir und unsere Kinder nicht nur über-, sondern menschwürdig miteinander — leben können.



#### Wir fordern:

Keine Gewalt gegen Kinder, bzw. strengere Strafverfolgung bei Gewalt gegen Kinder.

Einrichtung von Kinderhäusern als Zuflucht für Kinder, wenn sie von Ihren Eltern mißhandelt werden. Fürsorge und Erziehungsberatung für die Eltern anstelle staatlicher Autorität, d. h. kurzfristig und unverbindlich soziale Hilfe anbieten; Alle Beratungsstellen und Jugendämter müssen vom gleichberechtigten und solidarischen Umgang mit Kindern ausgehen;

Anstelle von Kinderheimen und Heimerziehung: Schaffung von Tagespflegeplätzen und Sofortpflegestellen in Krisenfällen, Ausbau des Pflegeelternverbundsystems, Förderung von Wohngemeinschaften für Alleinerzieher; Gemeinsames Lernen und Leben behinderter und nichtbehinderter Kinder in behindertengerecht gestalteten Kindergärten und Schulen. Die Kinder müssen an dieser Gestaltung maßgeblich beteiligt sein;

Kinder müssen Vorrang vor dem Auto haben: Kinderfreundliche Gestaltung unserer Städte durch Spielstraßen, wild wachsende Grünzonen, Abenteuerspielplätze, kindergerechte Verkehrsmittel...

Förderung von Alternativen zu Krabbelstuben, wie Tagesmütter bzw. -Eltern, Elterngruppen, die sich in der Betreuung abwechseln, private Kindergruppen mit maximal 5 Kindern, bezahlte Nachbarschaftshilfe, kollektive Wohnformen; Schaffung von Kindergärten nach Bedarf; Verbesserung der Kindergartensituation: Reduzierung der Anzahl der Kinder pro Gruppe, zusätzliche Anstellung von Kindergärtnern(innen), Anpassung der Öffnungszeiten an die Bedarfssituation, Integration von behinderten Kindern, Zusammenarbeit mit den Eltern und Mitsprachengleichheit der Eltern; mehr Betonung auf soziales Lernen anstelle Leistungsorientiertheit; Förderung bzw. Finanzierung von autonomen Kindergruppen;

Kind im Krankenhaus: Eltern sollen im Krankenhaus das Kind weiter betreuen, pflegen und lieben können, daher sind alle Voraussetzungen dazu zu schaffen, wie Besuchszeit rund um die Uhr, das Recht der Kinder, eine vertraute Begleitperson ins Krankenhaus mitzunehmen, ohne zusätzliche finanzielle Belastung, ausreichende Information der Eltern und Einbeziehen in Entscheidungen über Behandlungs- und Therapieformen. Bevorzugung homöopathischer Behandlung bzw. Homöopathie auf Krankenschein.

### 3.3. JUGEND

Jugendliche machen in unserer Gesellschaft die Erfahrung, daß sie — trotz gegenteiliger Beteuerungen von Politikern — wenig zu melden haben: Sobald Jugendliche selbst das Wort ergreifen, auf autonomen Handlungsräumen bestehen, werden sie als Störenfriede und Krawallmacher abgestempelt. Der Traum von der eigenen Zukunft wird Jugendlichen trotz z. B. gegenteiliger Vorspiegelung in der Werbung — tatsächlich nicht zugestanden.

**A**utonome Handlungs- und Lebensräume werden kaum noch ermöglicht:

Es gibt keine Wohnungen, die sie sich leisten können und in denen sie nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen zusammenleben können. Es gibt kaum Orte, an denen sie sich wohlfühlen und treffen können, ohne daß ihnen das Geld aus der Tasche gezogen wird, ohne daß sie von Polizisten oder übereifrigen und ängstlichen Nachbarn beobachtet und zurechtgewiesen werden.



Terror  
Unterdrückung  
Wahnsin  
Aussteigen

In den letzten Jahren verschärfen sich die Konflikte: in der Schule, durch verstärkten Leistungsdruck, und einem Schulabschluß ohne berufliche Perspektiven; durch die Suche und dem »Ergattern« eines Lehrberufes (oft nicht einmal dem gewünschten), zunehmenden Leistungsdruckes auch in der Lehre und der Aussicht nach abgeschlossener Lehre auf der Straße zu stehen; durch überproportionales Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit, vor allem auch in der Steiermark; das alles zusammen führt zu verstärkten Konflikten mit dem Elternhaus — den Erwartungen eines »anständigen« strebsamen und um gesellschaftliche Anerkennung bemühtes Kindes kann aufgrund der fehlenden gesellschaftlichen Voraussetzungen nicht mehr entsprochen werden, — mit Jugend-, Sozial- und Arbeitsämtern, und in der Folge oft mit der Polizei und Jugendgerichten.

Jugendliche, die versuchen, eigene Initiativen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation zu ergreifen, werden durch Gesetze und Bestimmungen behindert, statt unterstützt. Es fehlt an Freizeitangeboten, die sich an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Jugendlichen orientieren, besonders Mädchen kommen hier zu kurz. Auch fehlt es am Personal in Freizeit-, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Es kann aber nicht darum gehen, daß Pädagogen die Freizeit der Jugendlichen gestalten, vielmehr geht es um die Selbstbestimmung durch die Jugendlichen selbst.

Die Arbeitseinrichtungen in Jugendzentren und anderen Sozialeinrichtungen sind so schlecht, daß die dort Tätigen kaum auf die Probleme und Freizeitbedürfnisse der Jugendlichen eingehen können. Sozialarbeiter sollen »Begleiter der Jugendlichen« sein. Sie sind vor allem den Jugendlichen verantwortlich und benötigen ein großes Maß an Unabhängigkeit von den Institutionen; einen Versuch in diese Richtung stellen die Streetworker dar.

#### Wir fordern:

Offene Jugendarbeit nach dem Prinzip der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung; die Förderung von Selbsthilfe-Initiativen, in denen Jugendliche Arbeit, Lernen und Leben selbst organisieren können, sowie die Bereitstellung von Räumen und Werkstätten, mit Personal für arbeitslose Jugendliche; Autonome Jugendzentren und die Anstellung weiterer Sozialarbeiter (Streetworker).

In der Auseinandersetzung der Jugendlichen mit Jugend-, Sozial- und Arbeitsämtern müssen die Jugendlichen durch die Mitarbeiter solidarische Unterstützung finden.

Förderung und Unterstützung von Jugendwohnheimen und anderen alternativen, selbstbestimmten Wohnformen für Jugendliche.

Das Angebot einer qualifizierten Berufsausbildung und eines entsprechenden Arbeitsplatzes für jeden Jugendlichen muß selbstverständlich sein. Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung für Jugendliche müssen die materiellen und zeitlichen Voraussetzungen für ein selbstorganisiertes Leben gewährleisten. Die Förderung von Selbsthilfe-Initiativen, in denen Jugendliche Arbeit und Lernen selbst organisieren können durch materielle und rechtliche Absicherung. Außerbetriebliche Lehranstalten und die Übernahme aller Auszubildenden nach ihrer Ausbildung in einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz. Grundeinkommen für Jugendliche bis 18 Jahren, das unterstützend wirken soll.

## STADTEILZENTRUM BEZIRKSZENTRUM

Direkte Demokratie — Dezentrale Verwaltung —  
Psychoziale Versorgung

Viele Kompetenzen in politischer und sozialer Hinsicht müssen an die Bürger/innen übertragen werden. Dazu gehören direktdemokratische Elemente der Mitbestimmung bei der Abklärung der Bedürfnisse im Dorf, im Stadtteil und im Bezirk. *Wir fordern die Errichtung von Bezirkszentren in Graz und in den Bezirkstädten!* Durch die Errichtung von Bezirkszentren und der Installierung von Bezirksparlamenten und Bezirksräten ist es möglich die Bedürfnisse der Bezirksbewohner umfassender und demokratischer zu erfassen und bei der Stadtplanung und -Verwaltung entsprechend zu berücksichtigen.

Bezirkszentren haben multifunktionalen Charakter: Hier arbeitet und tagt nicht nur der Bezirksrat und Bezirksverwaltung, sondern es sind auch psychosoziale Dienste und Ambulatorien angeschlossen. Die psychosozialen Dienste organisieren die Krankenpflege, Altenhilfe, Haushaltshilfe, soziale und psychologische Betreuung, Krisenintervention und Nachbetreuung, Vorsorgemedizin und unterstützen Selbsthilfegruppen. In den Ambulatorien gibt es regelmäßige Sprechstunden, Kontrolluntersuchungen und Rehabilitationsbehandlungen, eine Tagesklinik, eine Nachtambulanz sowie angeschlossene therapeutische Wohngemeinschaften. Neben den Möglichkeiten der direkten Demokratie und einer gemeinde nahen psychosozialen Versorgung ist auch ein breiter Raum für kulturelle Aktivitäten eingeräumt. Kunstwerkstätten, Ateliers, Veranstaltungsräume und Bibliotheken stehen der Bevölkerung zur Verfügung.

Durch die Errichtung von Stadtteilzentren ist es möglich, eine Identifizierung der Bürger/innen mit ihrem Bezirk zu entwickeln und die Entstehung kleiner sozialer Netze zu fördern. Eine Erhöhung der Lebensqualität wird durch diese »Nahversorgung« und Selbst- und Mitbestimmung ermöglicht.





# 4. INTEGRATION STATT AUSGRENZUNG

## 4.1. BEHINDERUNG

**B**ehinderte, insgesamt über 10% der Bevölkerung, sind an den gesellschaftlichen Rand gedrängt, da sie weder in die Gemeinschaft noch in den Arbeitsbereich eingegliedert sind.

Es gibt deutliche Hinweise, daß die Zahl der Behinderten in der Steiermark stark zunimmt. Als Ursache seien hier die Umweltverschmutzung, Haushalts-, Arbeits-, Verkehrs- und Freizeitunfälle, sowie Drogen- und Medikamentenmißbrauch genannt.

Häufig werden sie in Sondereinrichtungen, wie Sonderkindergärten, Sonderschulen, Heimen und Anstalten untergebracht, auch in solchen Fällen, in denen ambulante und teilstationäre Hilfen ausreichend oder sogar wirkungsvoller und auch kostensparender wären — in jedem Fall menschlicher!

**B**ehinderung in unserem Alltag bedeutet wirtschaftlich und gesellschaftlich ausgestoßen zu sein. Eine behindertenfeindliche Umwelt arbeitet bei uns strategisch »Hilfe« aus und bestimmt zentral, was »Hilfe« zu sein hat — ohne daß die Betroffenen ein Mitspracherecht haben.

### Wir fordern:

Lebens-, Lern- und Arbeitsmöglichkeiten für alle!  
Entwicklung einer Bildungs-, Gesellschafts- und Beschäftigungspolitik, die den behinderten Mitmenschen als gleichwertiges Mitglied der Gesamtgesellschaft betrachtet.

Gesetzlich verankertes Recht auf Frühbetreuung, flächendeckende ambulante Frühbetreuungsdienste. Einsatz von Familienhelfern/innen für Familien mit behinderten Kindern.

Aufbau von integrativen Kindergärten und Schulen, verbunden mit der schrittweisen Auflösung der Sonderschulen und Sonderkindergärten.  
Errichtung von Wohngemeinschaften, die im Bedarfsfall psychosozial betreut werden.

Die Quote der Behinderten in den Betrieben muß ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung entsprechen. Die Abgabe bei Nichterfüllung muß so hoch angesetzt sein, daß sich kein Betrieb die Nicht-Erfüllung leisten kann.

Errichtung dezentraler Beratungsstellen und Anstellung von Behindertenanwälten, die den behinderten Menschen helfen, ihre Rechte durchzusetzen.

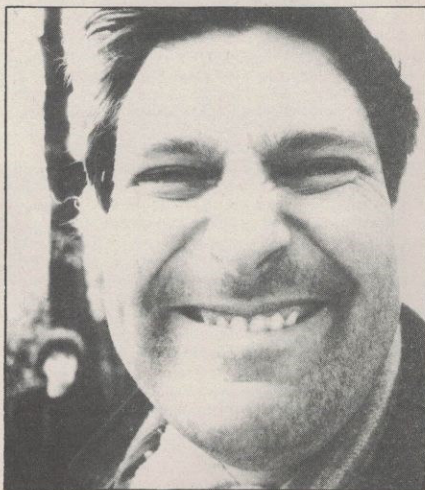
Behindertengerechte Ausstattung aller öffentlichen Einrichtungen  
Behindertengerechtes Bauen und damit Wohnen.

## 4.2. PSYCHIATRIE

**D**as Auftreten psychischer Störungen nimmt zu. Die erschreckende Zunahme von Selbstmorden, Suchtkrankheiten, Depressionen und Neurosen zeigt auf, wie dringend notwendig eine Änderung unserer Lebensbedingungen ist.

### Krankmachende Faktoren:

- \* Hohe Leistungsforderungen in Kindergärten, Schulen Betrieben
- \* Chancen- und Perspektivenlosigkeit vieler Jugendlicher,
- \* Automatisierungen am Arbeitsplatz, was dazu führt, daß die menschliche Arbeit zunehmend wertlos wird;
- \* Leben in Wohngghettos mit wenig Spiel- und Freizeitmöglichkeit, ohne Bezug zur Natur;
- \* Isolation in Kleinfamilien und Zerstörung nachbarschaftlicher sozialer Beziehungen;
- \* Überbelastungen von Frauen durch Haushalt, Kinder, Berufstätigkeit
- \* Sinnkrise und Identitätsverlust durch Langzeitarbeitslosigkeit
- \* eine Wirtschaft, die nur funktionsfähig ist auf Kosten seelischer Gesundheit und eine
- \* allgemeine Bedrohung durch Atomkraft, Umweltverwüstung und Wettrüsten.



## Herkömmliche Antwort der Psychiatrie:

Betreuung in psychiatrischen Großkrankenhäusern, wie im LSKH in Graz.

Das LSKH ist nicht in der Lage, bedingt durch eklatanten Mangel an Verständnis, Bezugspersonen, Geduld, Toleranz und Therapien, sowie fernab von den Gemeinden, aus denen die Betroffenen kommen, wirklich zu helfen.

Die bisherige Form der Versorgung durch Zwang und Psychoblocker, ungenügender Therapieangebote sowie fehlende Nachbetreuungsmöglichkeiten, hat zu einer unmenschlichen Verwahrung und Ausgrenzung geführt.

*Die verantwortlichen Sozialpolitiker verschleppen die Psychiatriereform in der Steiermark.*

In der Steiermark verschleppen die Landesregierung, die Sozialversicherungsträger und die der herkömmlichen Psychiatriehierarchie vorstehenden Primarii die Psychiatriereform. Aber auch die Stadt Graz und ihre verantwortlichen Sozialpolitiker entziehen sich der Verantwortung ihren Mitbürger/n/innen gegenüber.

### Wir fordern:

Schaffung regionaler Verbundsysteme (Stadt, Land, Krankenversicherungsträger, Träger der freien Wohlfahrtspflege, niedergelassene Psychiater, Psychotherapeuten, Selbsthilfegruppen usw.) die zur Aufgabe haben, unter Mitwirkung der Betroffenen die psychosoziale Versorgung der jeweiligen Region zu planen, zu finanzieren und zu realisieren.

Gemeindenähe, psychosoziale Einrichtungen, d.h. Integration in die Alltagswelt und Orientierung an den Lebensverhältnissen der Betroffenen.

Ein überschaubares regionales Betreuungsangebot durch psychosoziale Dienste und Zentren; d.h. ambulante Dienste für Beratung, Krisenintervention, Nachbetreuung, Kriseninterventionsbetten in den Bezirkskrankenhäusern, beschützende Wohnungen und Arbeitsplätze, Tageskliniken, Nachtkliniken, Tagesstätten, Freizeitklubs, therapeutische Wohngemeinschaften, Förderungen von Selbsthilfeinitiativen Nutzung der Unterstützungsmöglichkeiten des sozialen Umfeldes — Familie, Nachbarschaft und Selbsthilfegruppen.

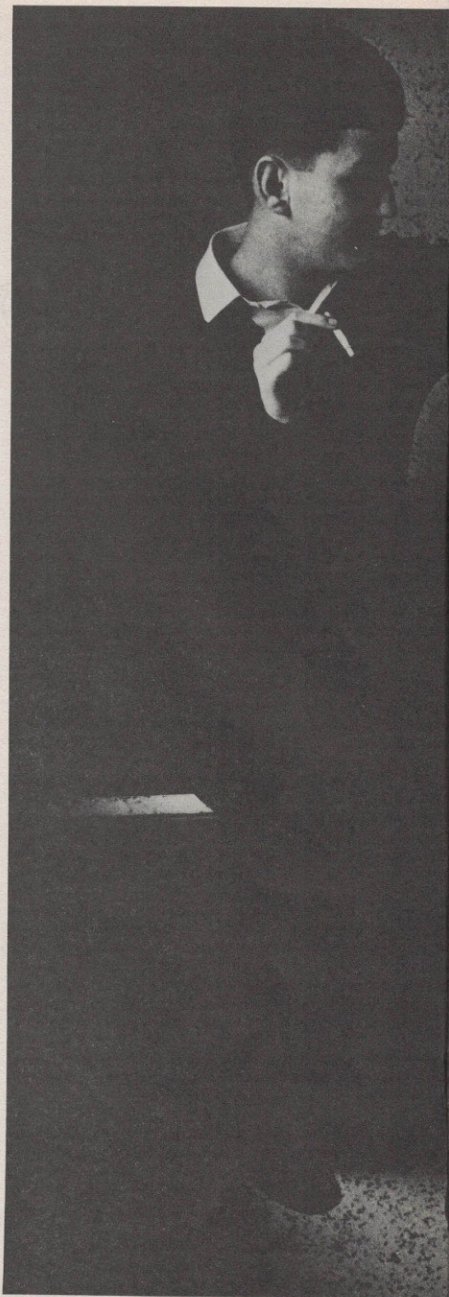
Abbau des Landessonderkrankenhauses, Reduzierung auf eine Akutabteilung, hospitalisierte Langzeitpatienten sollen in den verbleibenden Räumen liebevoll betreut werden.

Beschäftigungsgarantie und Weiterbildung für die im LSKH tätigen Betreuer, damit sie auf die befriedigenderen und gesünderen Arbeitsplätze vorbereitet werden.

Einsetzung von Patientenanwälten, die den Kranken und Behinderten helfen, ihre Rechte wahrzunehmen und durchzusetzen.

Die Unterteilung in psychische, soziale und medizinische Probleme ist zu überwinden. Komplexe Problemzusammenhänge machen interdisziplinäre, gleichberechtigte Zusammenarbeit von Sozialarbeitern, Psychologen, Psychotherapeuten und Ärzten notwendig.

Die Möglichkeit der psychotherapeutischen Betreuung soll allen offenstehen; daher psychotherapeutische Betreuungsformen auf Krankenschein.





## 5. ARMUT

**D**ie wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren hat zu einem weiteren Auseinanderklaffen der oberen und unteren (untersten) Einkommensbezieher geführt. 160.000 Österreicher leben am Existenzminimum, 10% aller österreichischen Haushalte haben ein Nettokommen von 4.000,-. Davon kann keine Familie leben! Dazu kommt ein überproportionales Ansteigen der Arbeitslosigkeit in der Steiermark, besonders der Jugendarbeitslosigkeit, aber auch die Dauer der Arbeitslosigkeit wächst weiter an.

**I**n den letzten 15 Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die an der Armutsgrenze leben, fast verdoppelt! Trotzdem glauben die meisten Betroffenen, daß Armut schicksalhaft ist, deren Anlaß entweder Unglücksfälle oder Arbeitslosigkeit bilden. Daß diese Unglücksfälle und Arbeitslosigkeit nur die Bezieher der unteren Einkommenschichten mit Armut bedroht, wird dabei vielfach gerne von Politikern übersehen. So werden staatliche Sozialleistungen und Hilfen nicht nur oft von amts wegen wie Almosen verteilt, sondern von Betroffenen als solche empfunden. Stundenlanges Anstellen bei Ämtern um Sozialleistungen, auf die laut Gesetz ein Anspruch besteht, mangelnde Informationsbereitschaft der Ämter und kleine Schikanen runden das Bild des Almosenempfanges ab.

**W**er in dieser Situation zur Droge Nr. 1 — Alkohol — greift, aufgrund fehlender finanzieller Unterstützung auch noch das Dach überm Kopf verliert, ist als Sandler abgestempelt und an den Rand der Gesellschaft gedrückt.

**A**rmut ist nicht selbstverschuldet, sondern ein Ergebnis unserer wachstumsorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, bei der der Schaden (die sozialen Kosten — sprich Sozialhilfeleistungen jeglicher Art) längst den Nutzen (Gewinn durch Wachstum) überwiegt. Die Krise des Wohlfahrtsstaates ist kein Finanzierungs-, sondern ein Verteilungsproblem.

### Wir fordern:

Anstelle der jetzigen Bettelprozedur eine bedarfsdeckende Sozialhilfe und verstärkte Mietenunterstützung;  
Dezentrale Notquartiere und Übergangswohnungen für Obdachlose, mit sozialpsychologischer Betreuung;  
Förderung von Selbsthilfegruppen und Ausbau von Motivationskursen für Langzeitarbeitslose;  
Erhöhte Kinderbeihilfe ab 3 oder mehr Kindern.

# 6. ALTE MENSCHEN

**A**ufgrund steigender Lebenserwartung und sinkender Geburtenrate ist der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung seit 1984 ungewöhnlich stark angestiegen. So sind mittlerweile fast 19% der Bevölkerung in der Steiermark über 60 Jahre alt. Im Vergleich mit anderen Staaten weist Österreich einen der höchsten Altenanteile auf.

Wie aber schaut die Lebenssituation der alten Menschen aus?

## Die Einkommenssituation:

Da alte Menschen nicht mehr im Erwerbsleben stehen, müssen sie empfindliche finanzielle Einbußen hinnehmen; oft sinkt vor der Rente noch das Einkommen, weil ältere Arbeitnehmer auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze geschoben werden — die Höhe der Rente aber wird nach den letzten Jahren der Berufstätigkeit berechnet...

Fast 18% aller Rentner müssen eine Ausgleichszulage erhalten, weil sie mit ihrer Pension unterm Existenzminimum liegen (das ist für Alleinstehende 4.672,—, für Ehepaare 6.692,—).

Dazu kommt noch, daß in Krisenbranchen immer mehr Arbeitnehmer in den vorzeitigen Ruhestand geschickt werden und somit weitere Einkommenseinbußen erleiden.

## Wir fordern:

- \* Grundrente für alle, die bedarfsorientiert und nicht nach Leistung bemessen ist und mindestens ÖS 6.000,— betragen soll (indexgebunden);
- \* Eine selbstbestimmte Flexibilisierung der Altersgrenze; von jedem Menschen soll selbst die Entscheidung getroffen werden, wann er aus dem Erwerbsleben ausscheidet; die Altersgrenze soll keine Norm sein, sondern eine Garantie für die Pensionsberechtigung und soll sich zwischen 55 und 65 Jahren bewegen.
- \* Teilrentenbezug bei Teilzeitarbeit im Alter;
- \* Für eine sozial gerechte Bewertung der Erwerbsunfähigkeit.

## Beteiligung am Leben:

Zufriedenheit und Beschaulichkeit am Lebensabend — das Bild stimmt nicht: Kaum gewohnt mit einem Übermaß an Freizeit umzugehen, können alte Menschen Kreativität und Produktivität abseits des Erwerbslebens nicht umsetzen; das wird durch ein Gefühl der Überflüssigkeit und vielfach der Einsamkeit verstärkt. Sieht man sich die angebotenen Kurse und Veranstaltungen für Senioren an, so wird deutlich, daß in den meisten Fällen nur »betreut« und »beschäftigt« wird.

## Wir fordern:

- \* Dezentrale Verwaltungseinrichtungen und Ausbau von Bezirkszentren;
- \* Vorrangige Förderung von selbstorganisierten und selbstbestimmten Altenzentren;
- \* Förderung von Teilzeitarbeit und handwerklicher Tätigkeit gegen Bezahlung im Alter;
- \* Finanzielle Unterstützung für die Durchführung eines Programms »Alte helfen Alten«
- \* Sicherung der Nahversorgung (zu Fuß erreichbar).

## Gesundheit und Ernährung:

Hand in Hand mit Betreuung und Beschäftigung der alten Menschen geht auch eine »Überpflegtheit«. Oftmals werden alte Menschen — in freundlich gemeinter Art — von den eigenen Familienangehörigen entmündigt, indem Alter als eine Art Krankheit aufgefaßt wird, der man mit entsprechenden Betreuungsmaßnahmen begegnen muß. Dazu kommen staatliche Versorgungsmaßnahmen (Geriatrische Krankenhäuser, Pflegeheime ...), die wie »soziale Intensivstationen« wirken und den Wunsch nach Wärme, nach Kontakten zu anderen Generationen — nach »draußen«, und nach sinnvoller Tätigkeit nicht befriedigen.

## Wir fordern:

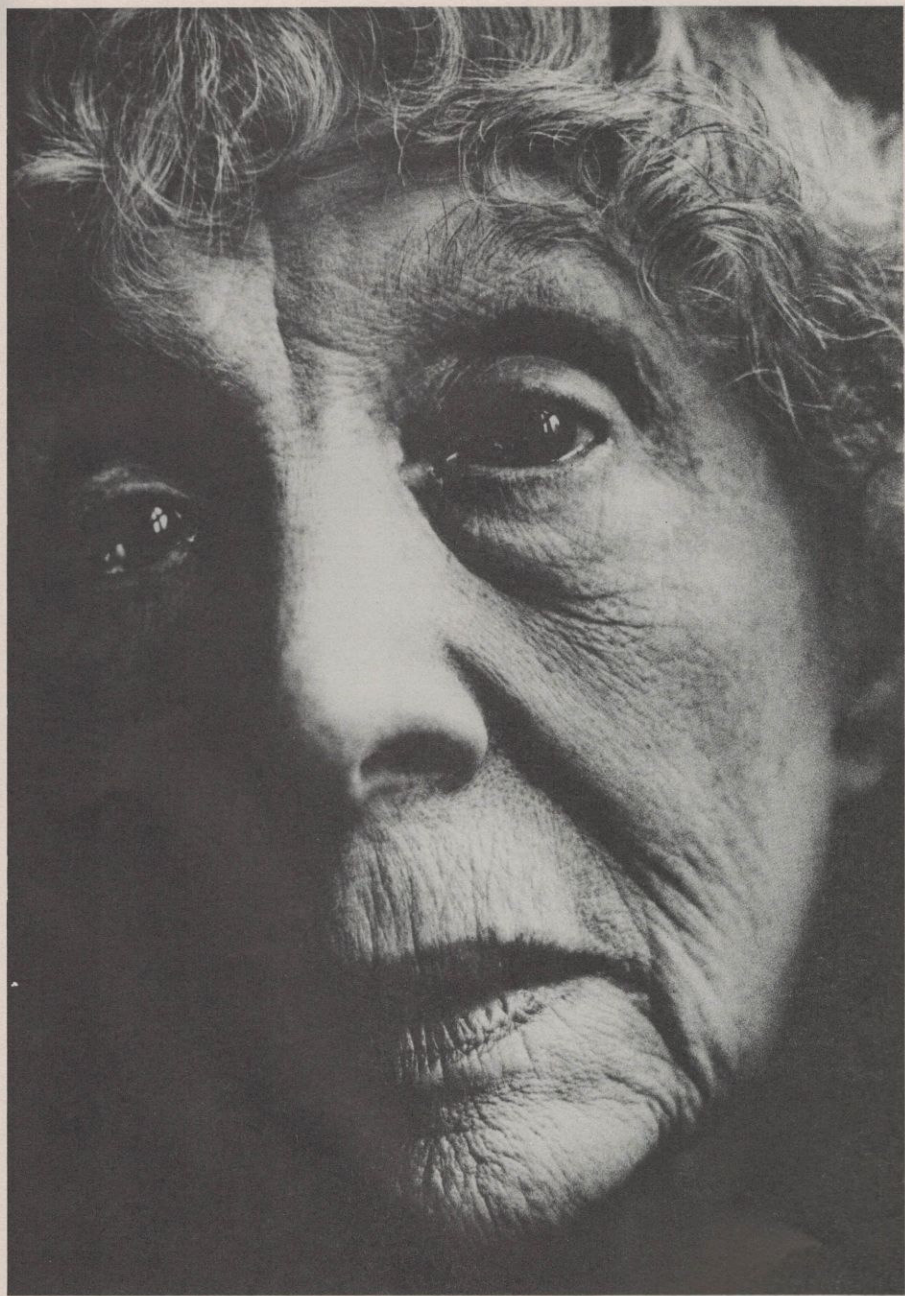
- \* Ambulante gesundheitliche Betreuung und Vorsorge in Bezirkszentren;
- \* Einrichtung von Tagespflegeheimen;
- \* Ausbau des rollenden Essenszustellendienstes in den Städten;
- \* Ausbau von bezahlter Nachbarschaftshilfe zur Betreuung alter Nachbarn und Einsatz weiterer Althelfer;
- \* Verbesserung der Krankenhaussituation für alte Menschen (keine Säle mehr).

## Wohnen:

Aufgrund ihrer niedrigen Rente müssen viele alte Menschen in schlecht ausgestatteten Wohnungen leben. Trotzdem — fragt man alte Menschen nach ihren Wünschen, so wird deutlich, daß die meisten so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben möchten. Die Übersiedlung in ein Heim wird als letzter Ausweg betrachtet. Die eigene Wohnung ist für den alten Menschen ein zentraler Lebensbereich, der entscheidende Punkt zur Erhaltung seiner Selbständigkeit.

## Wir fordern:

- \* Verstärkte Errichtung von altengerechten Wohnungen (Seniorenwohnungen) in Wohnanlagen für alle Bezirke und Regionen (keine Seniorenwohnhäuser!)
- \* Förderung alternativer Wohnformen, wie Seniorenhilfsgemeinschaften und Mehrgenerationenwohngemeinschaften;
- \* Verbesserung der Heimsituation: Nur mehr kleine Zimmer, persönliche Ausgestaltung des Raumes, Beschäftigungs- und Bewegungstherapie, Psychosoziale Betreuung und stärkere Beachtung des psychosozialen Aspektes in der Ausbildung des Pflegepersonals.



# 7. GRUNDEINKOMMEN

*Neuverteilung von Arbeit und Einkommen — das Grundeinkommen für alle* \_\_\_\_\_

Die letzten Jahre haben es gezeigt: Die Arbeit wird weniger, und dementsprechend klettern die Zahlen der Arbeitslosen und die Ausgaben für die verschiedenen sozialen Unterstützungen, wie Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe ... in die Höhe.

1986 wird es in Europa über 20 Millionen Arbeitslose geben, denn: Immer mehr Güter und immer mehr Dienstleistungen werden von immer weniger Menschen produziert. Dadurch wird die »Wirtschaft« wachsen, die Arbeitsplätze und damit die Einkommen vieler Menschen aber sinken. Sinken werden daher auch alle Einnahmen, die mit Arbeit verknüpft sind: Staatseinnahmen, Einnahmen der Sozialversicherung...

Da immer mehr Menschen Sozialhilfe brauchen, versagen andere Systeme der Einkommenssicherung: die Löhne sind zu niedrig, die Preise und Steuern zu hoch. Die Sozialleistungen sind nicht bedarfsdeckend, sondern müssen immer mehr durch Eigenanteil und individuelle Vorsorge (Zusatzversicherungen) ergänzt werden. Das Sozialsystem, das an Arbeit gebunden ist, die immer weniger vorhanden ist, wird so immer schwerer finanzierbar; der Sozialabbau schreitet voran. Diese Realität soll dem Staat Anlaß genug sein, seine Politik anders auszurichten: Es ist seine Pflicht als Sozialstaat, bestmögliche Bedingungen für die zu schaffen, die Lohnarbeit wollen, daß sie auch eine menschengerechte Arbeit finden, und ein ausreichendes Maß an Wohlstand zu schaffen und so zu verteilen, daß alle daran teilhaben können.

Bei allen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in Zukunft getroffen werden, muß es um eine Neuorientierung gehen; es muß die Antwort auf die Frage »wie wir leben wollen«, gefunden werden. Die Einführung eines Grundeinkommens wäre eine Weichenstellung für eine andere Ausrichtung unseres Wirtschaftens, unserer gesellschaftlichen Organisation, unserer Kommunikation, unseres Zusammenlebens. Es wäre eine Maßnahme, die — begleitet von anderen — es zum erstmaligen allen Menschen ermöglichen würde, mitzuentcheiden, mitzuplanen, wie sie ihr Leben organisieren möchten.

Das Grundeinkommen verfolgt folgende Zielsetzung:  
a) Das Recht auf eine gesicherte, materielle Existenz

und ausreichendes Einkommen ohne die Verpflichtung zur Lohnarbeit;

b) Die Höhe muß existenzsichernd sein nach dem Bedürfnisprinzip (65 6.000,—, indexgesichert). Wir vertreten ein emanzipatorisches Grundeinkommen, das den Menschen durch die Erweiterung ihrer alltäglichen Lebensfreiheiten die Chance gibt, eine Kultur neuer sozialer Verhaltensweisen mitaufzubauen.

Positive Auswirkungen eines Grundeinkommens:

Die Einführung eines existenzsichernden Grundeinkommens hätte vielfache Auswirkungen, wie:

im Bereich Arbeit: auf die Berufswahl, bei der die Einkommenssicherung nicht mehr im Vordergrund stehen müßte; oder beim Eingehen eines Arbeitsverhältnisses, indem nun beide Vertragspartner (also auch der Arbeitnehmer) in der Lage wären, bestimmte Bedingungen abzulehnen oder anzunehmen. Am Arbeitsmarkt käme es zu einer Entlastung, da Menschen ihre Arbeitsverhältnisse vorübergehend lösen würden, bzw. sich anderen Arbeiten als den Lohnarbeiten zuwenden würden. Das Grundeinkommen könnte auch eine Stärkung der Verhandlungsposition der Gewerkschaften bei Tarifverträgen und Arbeitszeitfragen bringen. Die Beschäftigungspolitik würde einen Wandel erfahren, indem sie auf die Stärkung des autonomen Sektors der Eigenarbeit und auf ökologisch sinnvolle Produkte hin orientiert wird. Das Grundeinkommen könnte eine Fülle von Entfaltungsmöglichkeiten bringen, könnte Kreativität und Produktivität freisetzen und so die Möglichkeit für wirtschaftliche und soziale Experimente schaffen ohne direkten materiellen Erfolgszwang.

in Bezug auf den Umgang unter den Menschen:

Jeder Mensch kann in die Lage versetzt werden, Bindungen freier — ohne materielle Abhängigkeit von Eltern und Ehemännern — einzugehen. »... die Freiheit des einzelnen könnte auf diese Weise entscheidend erweitert werden ...« (Erich Fromm).

Wirkungen auf die Demokratie: Erst mit der Sicherung der demokratischen Grundrechte auf Arbeit, Wohnen und Einkommen kann der Zugang zu Bildung und Information hergestellt werden und so die Bedingung für eine aktive Beteiligung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft geschaffen werden. Zudem wären die Menschen weniger manipulierbar (durch Versprechungen von Politikern und Funktionären), weil die direkte materielle Ab-

hängigkeit fehlt. Durch Begleitmaßnahmen, mehr Zeit und mehr Kompetenz könnten die Menschen die Politik besser wahrnehmen und darauf reagieren; es würden ihnen Alternativen eröffnet, der Bevormundung von Organisationen und Institutionen zu entgehen bzw. diese abzubauen.

**Wirkungen auf den Sozialstaat:** Durch ein Grundeinkommen kann das System der sozialen Sicherheit in dem Sinn erweitert werden, daß nicht nur Notstände beseitigt werden, sondern ein größerer Spielraum entsteht, z.B. als Hilfe zur Selbsthilfe. Kostspielige und isolierende Maßnahmen des Sozialstaates (z.B. der Vollzug einer Fülle verschiedenartiger Sozialgesetze und Verordnungen) können eingedämmt werden, der administrative Aufwand würde weniger, und die Sozialbürokratie würde an Bedeutung und Macht verlieren. Dem Staat entfallen Kosten für Sozialversicherungssysteme, Arbeitslosengeld, Kinderbeihilfen, Stipendien, Arbeitsbeschaffungsprogramme und und und ...

#### Begleitende Maßnahmen:

**E**in emanzipatorisch wirkendes Grundeinkommen setzt gleichberechtigt neben das Recht auf Einkommen auch das *Recht auf Arbeit*, wobei aber Arbeit nicht nur als Lohnarbeit, sondern als eigenverantwortliche Tätigkeit verstanden wird. Das Grundeinkommen

wird nur dann Freiheit bringen, wenn es von Maßnahmen begleitet ist, die ein Recht jedes einzelnen auf Arbeit gewähren und Möglichkeiten dafür schaffen. Dazu gehört, daß jeder der will, auch Arbeit findet (unter Erweiterung des Begriffes Arbeit).

**D**a für ist eine *stufenweise massive Kürzung der Arbeitszeit* (auf der Basis einer gerechteren Einkommensverteilung) notwendig: Die Arbeitszeitverkürzung muß aber so beschaffen sein, daß damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu gehört die Bereitstellung eines breiten dezentralen Angebotes an persönlichen Entwicklung- und *Bildungsmöglichkeiten*, an Gestaltungsmöglichkeiten, an Anreizen und Infrastruktur, wie auch die Bereitstellung von Hilfsmitteln, Beratung z.B. für kollektive Eigeninitiativen.

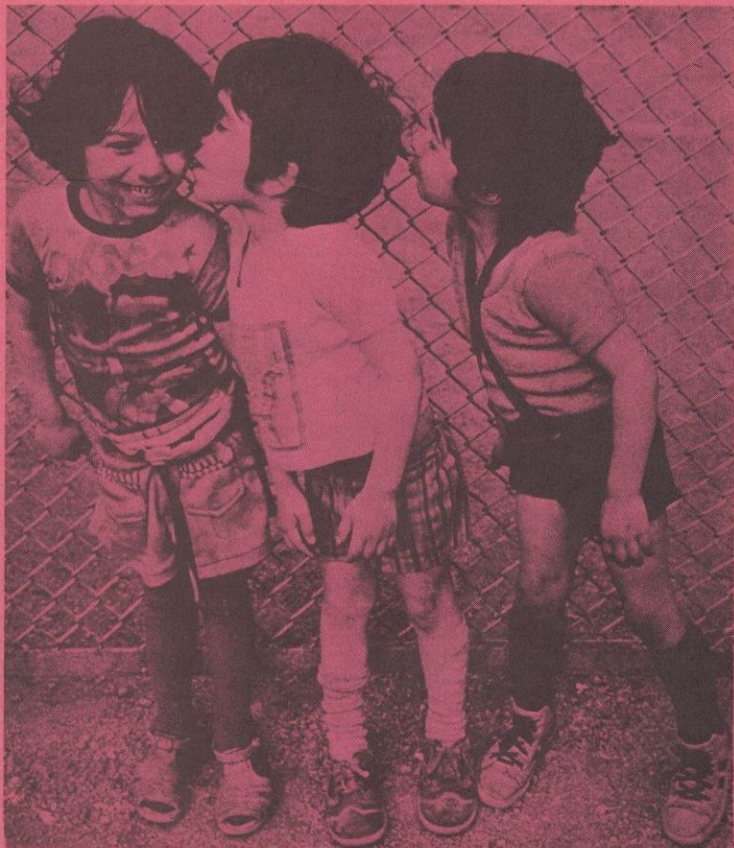
#### Erste Schritte:

**V**erkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, Vereinheitlichung der Alterssicherung (Pensionen), Ausbau der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Förderung von Selbstverwaltungs- und Selbsthilfeinitiativen, Änderung der Gewerbeordnung, um mehr Eigeninitiative und Produktivität zuzulassen, mehr Arbeitsplätze im sozialen und ökologischen Bereich, verstärkter Einsatz von Arbeitsmarkt- und Regionalbetreuern, die Einrichtung öffentlicher selbstverwalteter Lehrwerkstätten mit garantiertem Betriebspraktikum in Betrieben.

**THE LAW,  
IN ITS MAJESTIC EQUALITY  
FORBIDS THE RICH  
AS WELL AS THE POOR  
TO SLEEP UNDER BRIDGES,  
BEG IN THE STREETS  
AND TO STEAL BREAD**



1. Krisenzeiten - ist der Sozialstaat noch zu retten?
2. Leitlinien grün-alternativer Sozialpolitik in der Steiermark
  - 2.1. Solidarität und Gerechtigkeit
  - 2.2. Eigenständigkeit sozialer Werte, Abkoppelung vom Wirtschaftswachstum
  - 2.3. Gleichberechtigung der Geschlechter
  - 2.4. Vorsorge
  - 2.5. Dezentralität - Einfachheit - Durchschaubarkeit
  - 2.6. Keine Reprivatisierung im Sozial- und Gesundheitsbereich
  - 2.7. Integration statt Ausgrenzung
  - 2.8. Selbsthilfe, Selbstverwaltung, Sozialentwicklung
3. Geburt, Kinder, Jugendliche
4. Integration statt Ausgrenzung
  - 4.1. Behinderung
  - 4.2. Psychiatrie
5. Armut
6. Alte Menschen
7. Grundeinkommen



ALG-INFO Nummer 46b  
Sondernummer  
10 Schilling

Herausgeber und Verleger:  
Alternative Liste Graz,  
Prokopigasse 2/1, 8010 Graz  
Hersteller: Druckwerk -  
Verein für Medienarbeit,  
Ungergasse 7, 8020 Graz